

Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

04.06.2020

CDU Fraktion Berlin

Vorwort: Aktuelle Ereignisse

Die Geschehnisse der letzten Wochen wurden vom COVID-19 Virus bestimmt, der weiterhin eine große Herausforderung für Politik und Gesellschaft darstellt. Hinzu kommen aktuell die Unruhen in den USA, ausgelöst durch den Polizeieinsatz gegenüber George Floyd, der darüber hinaus gesellschaftliche Missstände aufdeckt.

Im Zuge dieser erschreckenden Vorkommnisse rückt das **Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)**, im Rechtsausschuss beschlossen am 13.05., in den Fokus. Diese Gesetzgebung des Senats stellt Berliner Polizisten in ihrer täglichen Arbeit unter Generalverdacht, indem eine Beweislastumkehr vollzogen wird.



In der Begründung bezieht sich der Senat auf eine „Kultur der Wertschätzung von Vielfalt“. Eben diese Kultur des gegenseitigen Vertrauens wird durch das LADG massiv bedroht. Daher wendet sich die CDU ausdrücklich gegen ein Gesetz, das vermeintlich Diskriminierung bekämpft, allerdings tatsächlich die Arbeit der Polizisten be- und verhindert (siehe Artikel Seite 5).

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



Oliver Friederici

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien

Adrian Grasse

Sprecher für Forschung

Cornelia Seibeld

Sprecherin für Integration und Kirchen

Stephan Standfuß

Sprecher für Sport, Sprecher 1. Untersuchungsausschuss "Terroranschlag Breitscheidplatz"

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie [anklickbare Links](#). Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Auch in Reaktion auf den unersetzbaren Einsatz vieler Bürger in privaten und öffentlichen Berufen zeichnet sich der Senat durch eine Ungleichbehandlung der Helfer aus. Christian Goiny aus der CDU-Fraktion kritisiert den Senat und die Koalition dafür, nur **Landesbeschäftigte mit einer Prämie belohnen** zu wollen. Das ist ungerecht, denn wir sind weiterhin auf den unermüdlichen Einsatz vieler Beschäftigter, beispielsweise im medizinischen Sektor, wie auch in Supermärkten, im ÖPNV, sowie bei der Polizei oder der BSR angewiesen. Die Einsatzbereitschaft der Alltagshelden muss belohnt werden anstatt Frustrationen zu fördern.

Auch in der Verkehrspolitik fällt der Senat zuletzt durch fragwürdige Entscheidungen auf. Wie bereits von der CDU vermutet, ist die Einführung der **temporären „Pop-up“ Radwege** Teil einer größeren Strategie: aus temporär wird dauerhaft.



Bild: ZB, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/06/berlin-bezirke-plaene-25-neue-pop-up-radwege.html>

Das geringere Verkehrsaufkommen nutzt der Senat taktisch, um eine kostengünstige vermeintliche Lösung zu schaffen. Andere Verkehrsteilnehmer werden benachteiligt, auf Lieferverkehr angewiesene Ladengeschäfte bleiben auf der Strecke und Einwände der Anwohner werden rücksichtslos ausgeblendet (siehe Artikel Seite 4).

Die Tegel Betreiber haben eine unerwartete Kehrtwende vollzogen: Der Flughafen bleibt nun doch mindestens bis November geöffnet. Druck, Druck, Druck - hat etwas gebracht. Die Fluggastzahlen steigen zwar langsam aber innerhalb weniger Wochen stetig an. Nichts Anderes haben wir von der Berliner CDU seit Wochen gefordert.

Adrian Grasse, Wissenschafts- und Forschungspolitischer Sprecher, hat die Priorität der CDU-Fraktion in der Parlamentssitzung übernommen. Der Senat wurde aufgefordert, eine breit angelegte Landesstudie in Auftrag zu geben, um die **Rolle von Kindern im Pandemiegeschehen** zu untersuchen (siehe Artikel Seite 7).

Des Weiteren setzt sich Grasse vehement für eine Lösung des sog. **Mäusebunker** ein – das zentrale „Tierlaboratorium“ der Freien Universität Berlin, welches nun leer steht. Während Architekten den Erhalt fordern, ist die Position der CDU-Fraktion eindeutig: Das Gebäude ist havariegefährdet, asbestbelastet und nicht wirtschaftlich zu sanieren, so Grasse. Die CDU fordert am Campus Benjamin Franklin ein klares Zukunftskonzept als Wissenschafts- und Forschungsstandort.

Positive Schlagzeilen macht ein Bauprojekt im Zentrum Berlins. Am 29.05. wurde die **Kuppel des Berliner Stadtschlusses** mit einem großen goldenen Kreuz versehen. Die weitestgehend originalgetreue Rekonstruktion des historischen Bauwerks ist der CDU sehr wichtig. Dazu gehört für uns auch das **Kuppelkreuz**. Die Berliner CDU, vertreten durch Cornelia Seibeld, sieht das Stadtschloss als Symbol für die universelle Botschaft des Christentums (siehe Artikel Seite 3).



Video: Abendschau, 30.05.2020, A. Tiemeyer, Bild: dpa/Britta Pedersen

Ebenfalls Positives kann auch Stephan Standfuß aus dem **Bereich Sport** berichten. Auch auf seinen Druck hin eröffnen ab dem 2. Juni diverse Sportstätten, sowie Fitness-Studios. Unter Einhaltung ganz konkreter Regeln bietet sich nun wieder die Gelegenheit, etwas für die Gesundheit zu tun (siehe Artikel Seite 10).

Diskussion in der Abendschau

Das Kuppelkreuz krönt die Rekonstruktion

Cornelia Seibeld

Fast wie aus der Zeit gefallen, so könnte man eine Diskussion der letzten Woche einordnen. Linke führen ihre Kampfbegriffe Kolonialismus, Royalismus und Herrschaftsanspruch ins Feld. Dabei geht es um die [Rekonstruktion](#) des von Schinkel und Stüler mitgeprägten Berliner Stadtschlusses, des Humboldt-Forums. Der Wiederaufbau des zu DDR-Zeiten gesprengten Schlosses ist eine von dankenswert großem privatem Engagement geprägte gemeinschaftliche Aufgabe, gewünscht und beschlossen vom Deutschen Bundestag.



Video: Abendschau, 30.05.2020, A. Tiemeyer, Bild: dpa/Britta Pedersen

Das Gebäude ist eine Rekonstruktion. Wenigstens in Teilen war es möglich, die alte Ansicht wiederherzustellen. Doch nur die Fassaden alleine vervollständigen nicht den Charakter des Gebäudes. Die Kuppel, ihr bautechnisch „Laterne“ genannter Aufbau und das Kreuz darauf gehören in dieselbe Ansicht. Nur mit diesen Teilen ist die Rekonstruktion vollständig.

In einer Diskussion mit Gesine Löttsch (für die Linke im Deutschen Bundestag) in der Berliner Abendschau sagte Cornelia Seibeld, sie verstehe ja, dass ihre linke Gesprächspartnerin „ein atheistisches Berlin wünsche“, aber Kuppel und Kreuz, samt historischer Inschrift gehörten nun einmal zur Vollständigkeit.

Und nicht zu vergessen sei, dass in der Kuppel ja auch eine Kapelle gewesen ist und das Kreuz darauf deswegen sinnvoll.



Niemand wird heute auf die Idee kommen, die kritisierte Inschrift so als aktuelle Position zu formulieren. Hier dient sie ausschließlich der historischen Vollständigkeit. Heute steht das neue Humboldtforum in der alten Anmutung eines Schlosses für Weltoffenheit und eine kritische Auseinandersetzung im historischen Kontext.

Seibeld, die auch kirchenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist, betont, dass Bau und Ausstellungen gemeinsam die Möglichkeit zur notwendigen Kontroverse eröffnen. Sowenig es richtig ist, IM-Tätigkeiten unter den Tisch und damit aus der Verantwortung fallen lassen zu wollen, so wenig hilft die Eliminierung von Symbolen dabei, aus der Geschichte lernen zu können.



Video: Abendschau, 30.05.2020, A. Tiemeyer, Bild: dpa/Britta Pedersen

Kreuz und Inschrift auf das Humboldtforum zu setzen, fanden übrigens mehr als 2/3 aller Berliner richtig. 5.000 Menschen hatten während der Sendung abgestimmt.

Verkehrspolitik
**Pop-up Radwege:
Erst fragen, dann bauen**

Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Die Verlängerung der provisorischen Radwege bis Jahresende kann nur nach Zustimmung von Anwohnern und BVG erfolgen. Senat und Bezirke müssen nachholen, was durch die Nichtbeteiligung sträflich versäumt wurde.“

Wenn Betroffene sich mehrheitlich dagegen aussprechen, muss das akzeptiert werden. Wir halten eine vorherige Befragung auch in solchen Fällen für erforderlich, wo weitere dieser Radwege realisiert werden sollen.

Zudem fordern wir, krasse Fehlplanungen zwingend zu korrigieren: Am Kottbusser Tor verhindert der neue Radstreifen das Anfahren einer Haltestelle, in der Frankfurter Allee bestehen Probleme für ein Hotel mit dem Lieferverkehr. Wenn hier die Berliner und BVG vorher beteiligt worden wären, hätten sich diese Fehler vermeiden lassen.



Grundsätzlich bleibt aber die Frage: Pop-Up Radwege - ja oder nein? Berlins rot-rot-grüne Landesregierung schafft im Schatten der Corona-Pandemie Tatsachen. Statt wie ursprünglich gesagt nur temporär, soll jetzt eine Vielzahl der relativ breiten Radwege zu Lasten des Bus-, LKW- und PKW-Verkehrs auf den Hauptstraßen Berlins bleiben.

Auf breiten, mehrspurigen Straßen macht das im Einzelfall Sinn, möglicherweise auch uhrzeitmäßig beschränkt, aber in Straßen wie der Berliner Kantstraße wirkt das verkehrsbelastend.

Hauptstraßen dürfen nicht grundsätzlich nur zur Förderung des Radverkehrs umgestaltet werden. Es muss vielmehr eine Einzelfallbetrachtung stattfinden, wie, wann und wo das sinnvoll ist und wo nicht. Berlin mit politisch gewollten Blockade-Radspuren lahmzulegen, ist nicht im Interesse der Stadt.“

Verkehrspolitik
**Wo bleibt der propagierte
Ausbau des ÖPNV?**
Oliver Friederici

Am Beispiel der Berliner U-Bahn: Seit dreieinhalb Jahren regiert in Berlin die Linkscoalition. Sie wollte den öffentlichen Verkehr fördern, was ist seitdem passiert? Zum Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs gehört natürlich auch der Ausbau der U-Bahn. In belasteten Hauptstraßen ist es modern, den Verkehr unter die Erde zu verlegen. Das ist zwar teuer, aber es spart später Unterhalt, es zieht deutlich mehr Fahrgäste an, es behindert nicht den Oberflächenverkehr und ist wetterunabhängig sowie für die Zukunft der wachsenden Metropole Berlin gedacht.

Nichts haben die linken Regierungsparteien auf den Weg gebracht. Nichts wird geplant. Nichts haben sie für unseren Bezirk mit der Verlängerung der U3 bis zum Mexikoplatz (ein logischer Lückenschluss) und die Verlängerung der U9 vom Rathaus Steglitz nach Lankwitz auf den Weg gebracht. Die Berliner rot-rot-grüne Koalition redet zwar von der Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs in Berlin – aber sie tut nichts!

Innere Sicherheit

LADG – zum Fremdschämen

Stephan Standfuß

LADG – was ist das überhaupt? Ein Landesantidiskriminierungsgesetz, durchgesetzt von der rot-rot-grünen Regierungsmehrheit in Berlin. Konkret sieht das Gesetz vor, dass niemand im Rahmen öffentlich-rechtlichen Handelns aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung oder weiterer Merkmale diskriminiert werden darf. Vorgesehen bei Zuwiderhandlung sind unter anderem die Schadenersatzpflicht durch das Land Berlin, die Möglichkeit einer Verbandsklage sowie die Einrichtung einer Ombudsstelle.



Ein Bild aus besseren Zeiten. Wir stehen zu unserer Polizei!

Natürlich stellt sich zuerst die Frage, ob man dieses Gesetz überhaupt braucht, schließlich ist Berlin jetzt das einzige Bundesland mit einem LADG. Bei genauer Überprüfung kommt man schnell zu dem Ergebnis, dass auch jetzt bereits jeder Bürger dieser Stadt genügend Gesetze zur Hand hätte, um sich gegen eine Diskriminierung erfolgreich zu wehren.

CDU-Fraktionschef Burkard Dregger erklärte in der hitzigen Debatte das Gesetz für überflüssig: „Jeder, der sich diskriminiert fühlt, kann das vor Gericht geltend machen“, sagte er. „Es gibt keine belastbaren Erkenntnisse, dass Landesbedienstete regelmäßig diskriminieren. Sie stellen unsere Landesbediensteten unter Generalverdacht“, so der CDU-Fraktionschef.

Neben den Innenministern der anderen Bundesländer übten auch die Polizeigewerkschaften scharfe Kritik an dem neuen Gesetzesentwurf der rot-rot-grünen Koalition. Selbst in der SPD-Fraktion gab es zahlreiche Zweifel.

Die von Berlins Justizsenator Dirk Behrendt so umschriebene Beweislastleichterung ist in Wahrheit eine Beweislastumkehr, sie erschwert die Arbeit aller Landesbediensteten, aber vor allem die Arbeit der Berliner Polizei. Im Falle eines Diskriminierungsvorwurfes, muss dieser seitens der Landesbediensteten nun entkräftet werden. Die Beweislast liegt bei ihnen. Man kann sich schnell vorstellen, wer dieses Instrument zukünftig gerne mal anwenden wird und wie das die Motivation und Arbeit zum Beispiel der zahlreichen Polizistinnen und Polizisten in unsere Stadt negativ beeinflussen wird.

Benachbarte Bundesländer werden vorerst davon absehen, ihre Beamten zu Einsätzen nach Berlin zu schicken. So sagt Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU): „Wir brauchen Rechtssicherheit für unsere Polizei!“

Die Berliner CDU hat in der namentlichen Abstimmung demonstriert, dass sie hinter der Polizei und den zahlreichen Landesbediensteten steht und hat das Gesetz abgelehnt. Allerdings reichten die Stimmen der Opposition nicht aus, so dass die rot-rot-grüne Regierungsmehrheit dieses überflüssige Gesetz am Ende durchgedrückt hat - zum Fremdschämen!

Religionsfreiheit und Risikoschutz

Gottesdienste unter freiem Himmel ermöglichen

Cornelia Seibeld

Religionsfreiheit gewährleisten und gleichzeitig das Risiko von Corona-Infektionen minimieren, dazu braucht es eine praktikable Lösung.

Auf Grundlage jüngster aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse und auch nach Berichten aus anderen Bundesländern ist deutlich geworden, dass Veranstaltungen im Freien für die Übertragung von Corona-Viren um ein Vielfaches weniger problematisch sind als Veranstaltungen in geschlossenen Räumen.



Der Senat muss die Voraussetzungen für unbürokratische Unterstützung der Gemeinden schaffen

Cornelia Seibeld,
kirchenpolitische Sprecherin
der CDU-Fraktion Berlin

www.cornelia-seibeld.de



Cornelia Seibeld, kirchenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, fordert daher, dass die Bezirke Kirchengemeinden bei deren Organisation von Gottesdiensten und Messen auf kirchennahen öffentlichen Plätzen unbürokratisch unterstützen. Um die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, muss der Senat die Corona-Verordnung entsprechend anpassen.

Die EKBO hat in Brandenburg bei Gottesdiensten unter freiem Himmel bereits positive Erfahrungen gesammelt. In Berlin muss dies auch möglich sein.

Verkehrspolitik

Sperrung der Friedrichstraße muss vom Tisch

Oliver Friederici

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Berlin zur Kritik an der geplanten Sperrung der Friedrichstraße: „Nicht abgestimmte Teilspernungen bedeutender Einkaufsstraßen sind das letzte, was Berlin jetzt braucht. Senat und Bezirke gefährden damit in der Friedrichstraße weitere Existenzen und viele Arbeitsplätze.“

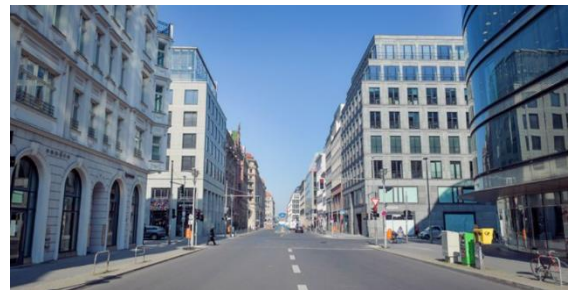


Bild: dpa, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/05/berlin-friedrichstrasse-autofrei-weihnachtsmarkt.html>

Erst recht, weil hier der Verkehr nicht das eigentliche Problem ist. Wer meint, dem Einzelhandel gerade jetzt Steine in den Weg legen zu müssen, erweist sich als untauglich in der Corona-Krise.

Senat und Bezirk machen sich zum Totengräber der Friedrichstraße, die geplante Teilspernung muss vom Tisch. Wie eine Fußgängerzone die Lage verbessern soll, blieb unbeantwortet. Im Gegenteil: Wir befürchten, dass dadurch noch mehr Auto-Kunden zur Mall Of Berlin und in andere Zentren umgeleitet und Umsätze sinken werden. Wir nehmen die Kritik der Verbände und Geschäftsleute ernst und stellen die Frage, warum sie nicht vorher gefragt wurden.“

*Forschung COVID-19***COVID-19: Forschungsstudie zur Ansteckungsgefahr von Kindern****Adrian Grasse**

In den vergangenen Tagen hat die Diskussion über die Rolle von Kindern als Überträger des Corona-Virus deutlich an Schärfe gewonnen. Bis zum heutigen Tag, zweieinhalb Monate nach den Schul- und Kitaschließungen, gibt es keine gesicherten Erkenntnisse über die Rolle von Kindern bei der Verbreitung des Corona-Virus.



In der Aussprache sagte Grasse: „Wir wissen weder, wie häufig sie sich infizieren, noch wie oft sie an COVID-19 erkranken. Wir können nicht sagen, welche Ansteckungsgefahr von ihnen ausgeht und dementsprechend können wir auch nicht einschätzen, welchen Einfluss die Schul- und Kitaschließungen auf das Infektionsgeschehen hatten. Eindeutige Schlüsse, inwieweit Kinder zur Verbreitung des Virus beitragen, lässt die aktuelle Studienlage nicht zu.“

Daher hat [Adrian Grasse für die CDU-Fraktion den Senat aufgefordert](#), eine breit angelegte Landesstudie in Auftrag zu geben, um die Rolle von Kindern im Pandemiegeschehen zu untersuchen.

*Wissenschaftsausschuss***Digitales Sommer-Semester****Adrian Grasse**

Im Wissenschaftsausschuss gab es eine Anhörung, ob und wie der Start ins Sommersemester gelaufen ist. Als Vorsitzender der Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten (LKRP) berichtete TU-Präsident Prof. Dr. Christian Thomsen, dass der Start gelungen sei.



Seit dem 20. April sind allein an der TU knapp 8.000 Videos in 800 Lehrveranstaltungen ins Netz gestellt worden, auf die es 800.000 Zugriffe durch rund 20.000 unterschiedliche Nutzer gab. In der digitalen Lehre hätten Dozierende und Studierende positive Erfahrungen gemacht, vor allem mit aufgezeichneten Vorlesungen, die nicht mehr zu festen Zeiten im Hörsaal, sondern jederzeit online abgerufen werden können.

Sie sollten auch in den kommenden Semestern weiterhin digital angeboten werden. Allerdings lässt sich heute noch nicht beurteilen, wie effektiv die digitale Lehre sei.

Wirtschaft

Gut vernetzt – auch in der Krise: Branchendialog mit der Kreativwirtschaft

Christian Goiny

Christian Goiny, Sprecher für Haushalt und Medien der CDU-Fraktion und Christian Gräff, wirtschaftspolitischer Sprecher hatten die Vertreter der Kreativwirtschaft zum digitalen Branchendialog zum Thema Bewältigung der Corona-Krise eingeladen.

Beachtlich war, dass die gesamte Berliner Kreativwirtschaft der Einladung gefolgt war, von Medianet, Vaunet, Berlin Music Commission, Clubcommission, Live Komm, AG Kino, Design Netz, Medienboard Medianet, um nur einige zu nennen. Deutlich wurden die großen Probleme, die besonders in dieser Branche entstanden sind. Viele Unternehmen sind hier immer noch von Schließungsverfügungen betroffen.



Das ist für Berlin von besonderer Problematik, weil die Kreativwirtschaft quasi die „Schwerindustrie“ der Stadt ist und maßgeblich zur guten wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Berlins beigetragen hat. Die Teilnehmer des Gesprächs schilderten ihre Situation und gaben sehr gute Hinweise für weitere Hilfen.



Insgesamt besitzt die CDU-Fraktion in dieser Branche in Berlin ein hohes Ansehen, insbesondere auch wegen des langjährigen Engagements der zuständigen Fachabgeordneten. Deutlich wurde aber auch, dass die zuständigen Vertreter der Union im Bundeskulturministerium und im Wirtschaftsministerium diesen Erwartungen der Branche noch nicht in gleichem Umfang gerecht werden.

Goiny und Gräff haben daher mit den Vertretern der Kreativwirtschaft verabredet, hier zeitnah ein Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsministerium zu organisieren. Die nun von der Bundesregierung in Aussicht gestellten weiteren Hilfsmaßnahmen finden unterdessen eine sehr positive Resonanz.

Haushalt**Parlament beschließt
Nachtragshaushalt****Christian Goiny**

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause den ersten Nachtragshaushalt zur Finanzierung der Corona-Krise beschlossen. Damit hat das Parlament grünes Licht gegeben für die vom Senat getätigte Beschaffung von Schutzausrüstung und medizinischer Ausrüstung sowie für die Auszahlung von Soforthilfen.

Die CDU Fraktion hatte schon zu Beginn der Pandemie signalisiert, dass sie bereit ist, hier mit Verantwortung zu übernehmen und die Finanzierung dieser Maßnahmen unterstützt.

In der Debatte [wies der haushaltspolitische Sprecher Christian Goiny darauf hin](#), dass die CDU-Fraktion bei ihren haushaltspolitischen Grundsätzen bleibe. In den letzten Jahren habe es Haushaltsüberschüsse in Milliarden-Höhe gegeben. Die CDU Fraktion hat auch in ihrer Regierungszeit dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren insgesamt circa 5 Milliarden Euro Schulden getilgt worden sind und wieder in die Infrastruktur Berlins investiert wurden.

Nun, in Zeiten der Krise, ist es richtig, mit Hilfe von neuen Schulden den finanziellen Spielraum zu schaffen, um die medizinische Versorgung sicherzustellen und der Wirtschaft zu helfen, schnell wieder Tritt zu fassen, damit Steuereinnahmen wieder fließen können und die Zahl der Arbeitslosen möglichst niedrig bleibt. Richtig ist es aus Sicht der CDU daher auch, dass die Koalition bereits jetzt eine Kreditermächtigung von 6 Milliarden Euro beschlossen hat, die in einer Rücklage die zu erwartenden Einnahmeausfälle abfangen und für die oben genannten Zwecke zur Verfügung stehen.

Die CDU-Fraktion begrüßt auch, dass die Koalition davon 500 Millionen Euro als weitere Soforthilfe für Unternehmen bis 250 Beschäftigte, Soloselbständige und zur Sicherstellung der Kinderbetreuung in Familien verwenden will. Ähnliches hatte die CDU auch in ihrem Berlinpakt gefordert. Nach der Sommerpause wird dann im Parlament der zweite Nachtragshaushalt beraten, der sich mit den konkreten Auswirkungen der Mindereinnahmen auf den Haushalt befassen wird.

Verkehrspolitik**Berlin ist nicht London****Oliver Friederici**

„Berlins Grüne wollen in der Corona-Krise vollendete Tatsachen schaffen, auch im Straßenverkehr. Ihre Forderung nach autofreien Zonen in der Innenstadt nach Vorbild Londons ist absurd. Denn das Zentrum der britischen Hauptstadt vorwiegend mit Finanzdienstleistern ist keinesfalls vergleichbar mit der Wohn- und Geschäftsstruktur unserer Stadt, wo Mobilität und Lieferverkehre unverzichtbar sind.

Nach mehr als drei Jahren Regierungsverantwortung haben die Grünen immer noch nicht gelernt, dass in einer Metropole mit mehr als 3,6 Millionen Einwohnern andere Maßstäbe im Verkehr gelten müssen als in Amsterdam und Kopenhagen.

Beim Ausbau des Nah- und Radverkehrs haben die Grünen nicht geliefert, was sie versprochen haben. Statt Bürgerbeteiligung sind sie zur Bevormundung übergegangen. So haben wir uns eine Verkehrswende nicht vorgestellt.“

Breitensport

Fitness-Studios in Berlin geöffnet

Stephan Standfuß

Auch wenn von geschlossenen Räumen, in denen Sport betrieben wird, allen Experten zufolge ein erhöhtes Infektionsrisiko ausgeht, haben die Betreiber der Fitness-Studios zuletzt mit ihren Konzepten zur Minimierung des Ansteckungsrisikos überzeugen können, sodass eine Öffnung unter bestimmten Auflagen bereits zu Beginn der Woche möglich war.

Zahlreichen Betreibern liefen auch so langsam die Mitglieder weg, und damit wäre ein wirtschaftliches Durchhalten kaum noch möglich gewesen. Zurecht forderten sie in einer Videokonferenz mit der CDU-Fraktion wenigstens eine Perspektive, die ihnen der Senat in den letzten Wochen verweigert hat. Berlin hat lange gezögert, den Betrieb von Fitness-Studios wieder zu erlauben.



Das Training kann nur unter strenger Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln stattfinden. Wegen des Mindestabstands in den Clubs sind viele Geräte gesperrt. Schwimmbäder und Saunen bleiben geschlossen, auch das Duschen ist nicht erlaubt. In den Spinden kann man zwar seine Wertsachen einschließen, umziehen muss man sich aber zu Hause. Die Teilnehmerzahlen für Kurse sind begrenzt. Auch wenn die Regelungen seitens des rot-rot-grünen Senats noch sehr undurchsichtig sind und die Betreiber der Fitness-Studios nicht zufrieden stellen, ist ein Anfang gemacht. Schon in

der nächsten Woche wollen wir die Erfahrungen der ersten Betriebstage in einer erneuten Videokonferenz zusammen erörtern, um gegebenenfalls nachzusteuern.

Die CDU-Fraktion steht an der Seite der zahlreichen Fitness-Fans in dieser Stadt. Wir müssen uns allerdings daran gewöhnen, mit der Gefahr durch COVID-19 zu leben und umzugehen. Die Abstands- und Hygieneregeln müssen eingehalten werden. Ein unkalkulierbares Risiko ist auch nicht im Sinne der Betreiber.

Breitensport

Strandbad Wannsee – Pack die Badehose ein

Die Berliner Bäder-Betriebe (BBB) sind dabei, die Freibäder nach und nach zu öffnen. Im Strandbad Wannsee, Europas größtem und schönsten Binnenseebad, war das Anbaden am 25. Mai möglich. Die tägliche Öffnungszeit ist von 9:00 bis 20:00 Uhr. Dabei wird der Betrieb in zwei Zeitfenster aufgeteilt: von 9:00 bis 14:00 und von 15:00 bis 20:00 Uhr. Badeschluss ist jeweils 30 Minuten vor Beendigung des Zeitfensters.



Die Buchung einer Eintrittskarte zum Einheitspreis von 3,80 Euro ist ausschließlich online möglich unter: <https://pretix.eu/Bader/35-frueh/>. Bezahlt werden kann per PayPal oder Kreditkarte. Auch wenn die Gastronomie geöffnet ist und dem Badevergnügen nichts im Wege steht, soll die Gesundheit der Kunden und Mitarbeiter natürlich nicht gefährdet werden. Die Abstands- und Hygieneregeln müssen an Land aber auch im Wasser eingehalten werden. Umkleiden und Duschen bleiben geschlossen.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass möglichst bald alle Sommerbäder unter den speziellen Voraussetzungen geöffnet sind.

Zum Tod des Mitglieds im Abgeordnetenhaus von Berlin
Markus Klaer erklärt Präsident Ralf Wieland:

„Mit Fassungslosigkeit habe ich davon Kenntnis erhalten, dass der CDU-Abgeordnete Markus Klaer gestorben ist. Meine Anteilnahme gilt den Hinterbliebenen.“

Markus Klaer war ein geschätzter Kollege bei uns im Parlament. Als Finanz- und als Wissenschaftspolitiker gehörte Markus Klaer zu den Mandatsträgern, die sich tief in die politischen Zusammenhänge und Vorgaben einarbeiten. Sein Schwerpunkt in der parlamentarischen Arbeit lag deshalb in der Ausschussarbeit. Das entsprach auch seinem ruhigen, kompetenten und gewissenhaften Naturell. Und dieser Ausschussarbeit ging er mit hohem, fundierten Engagement nach. Das Berliner Parlament verliert einen verdienten Parlamentarier – leider viel zu früh.

Wir im Abgeordnetenhaus trauern um Markus Klaer und werden ihn vermissen.“

Die Abgeordneten Cornelia Seibeld, Oliver Friederici, Adrian Grasse, Stephan Standfuß und Christian Goiny schließen sich diesen Worten der Trauer an. Wir wünschen vor allem den Angehörigen viel Kraft für die kommende Zeit.

[Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

Impressum / ViSdP: Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.
Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, buergerbuero.hindenburgdamm@gmail.com;
Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, kontakt@starkes-zehlendorf.de